Auer Tageblatt

Anzeiger für das Erzgebirge

Bestellungen nehmen die Austräger und für Auswärtige die Postanstalten entgegen. – Erscheint werktäglich. Fernsprech-Anschluß Nr. 55.

Anzeigenpreise: Die 8-gespaltene Petitzeile für Anzeigen aus Aue und Umgegend 20 Goldpfennige, auswärtige Anzeigen 25 Goldpfennige, Reklame-Petitzeile 60 Goldpfennige, amtliche Zeile 35 Goldpfennige.

Telegramme: Tageblatt Auerzgebirge. Enthaltend die amtlichen Bekanntmachungen des Rates der Stadt und des Amtsgerichts Aue. Postscheck-Konto: Amt Leipzig Nr. 1909

Nr. 17 — Montag, den 21. Januar 1924 — 19. Jahrgang

Reparationen mit Hilfe der deutschen Eisenbahnen?

In der Kammerrede Poincarés lag eine Andeutung darüber vor, daß er die Reparationen durch die deutschen Eisenbahnen bezahlt sehen möchte. Man weiß seit langem, daß es die Franzosen vor allem auf die rheinisch-westfälischen Eisenbahnen abgesehen haben weil sie glauben, daß, wenn sie oder ein internationaler Organismus in deren Besitz käme, irgendein künftiger Aufmarsch Deutschlands gegen Frankreich erschwert oder ganz verhindert würde. Merkwürdigerweise ist nicht nur Poincare auf den Gedanken gekommen, die Reichseisenbahn für die Reparationen heranzuziehen — der Gedanke selbst ist übrigens alt, aber er ist niemals ernstlich erörtert worden —, sondern auch das gegenwärtig in Paris tagende Sachverständigenkomitee, das folgende offizielle Note absandte:

„Das Sachverständigenkomitee für das Budget und die deutsche Währung beauftragte seit einigen Tagen Unterkommissionen mit Spezialstudien. Das Komitee wird dann am Montag, 21. Januar, um 3 Uhr nachmittags eine Sitzung abhalten, um die Berichte der Unterkommissionen entgegenzunehmen und um die Prüfung der Fragen, die sich auf die deutsche Währung beziehen, unter Mitwirkung von Dr. Schacht vorzunehmen. Das Komitee beschloß, Sir William Acworth, den englischen Sachverständigen für internationale Eisenbahnfragen, und den Franzosen Leverve, Generalsekretär der Europaunion der Eisenbahn, einzuladen, gemeinsam einen Bericht über gewisse Fragen zu redigieren, die sich auf die Eisenbahn beziehen."

Die Tatsache, daß das Sachverständigenkomitee zwei Eisenbahnfachmänner einlud, einen Bericht über Eisenbahnfragen zu erstatten, gibt dem „Neuyork Herald", der von den Amerikanern im allgemeinen gut unterrichtet ist, zu der Mitteilung Anlaß, daß das Sachverständigenkomitee in erster Reihe sich mit der Frage beschäftigen will, wie die Reichseisenbahn dazu verwendet werden könne, um die Mark zu stabilisieren und das Gleichgewicht im deutschen Budget herzustellen.

Der „Petit Parisien" erklärt, daß die beiden neu ernannten Eisenbahnsachverständigen folgende Fragen werden prüfen müssen:

1. Ursache des Defizits der deutschen Eisenbahn
2. Maßnahmen, welche die Reichsregierung ergreifen soll, um dieses Defizit aus der Welt zu schaffen,
3. soll die Reichseisenbahn der Privatindustrie übergeben oder
4. soll die Reichseisenbahn durch einen gewissen Organismus verwaltet werden, an dem deutsches und alliiertes Kapital teilnehmen würden, wobei ein Teil der Gewinne der Reparationskasse zufließen soll.

Die französische Finanzkommission.

Wie die „B. Z." von gut unterrichteter Seite erfährt haben Pariser Großbanken vielfach „Devisenkundige" engagiert, die die jetzt einsetzende Frankenhaisse in ihrem Interesse ausnutzen sollen. An aus Galizien stammenden geeigneten Persönlichkeiten, die zuerst in Wien und dann in Berlin geräubert haben, fehlt es nicht.

In der Sitzung des Finanzausschusses der Kammer am Freitag überreichte man Poincare eine Mitteilung über den Gang der Geschäfte an der Pariser Börse, wo ein neues Steigen des englischen Pfundes um einige Punkte zu verzeichnen war. Poincare übermittelte diese Mitteilung unverzüglich den anwesenden Mitgliedern der Kommission. Die äußerste Linke unterbrach ihn mit stürmischen Zurufen: „Das," so rief eine Stimme, „ist die Antwort auf Ihre Maßnahmen."

„Nein," antwortete Poincare, „das ist die bedauerliche Folge Ihres gestrigen Widerstandes in der Kammersitzung. Diese neue Offensive, meine Herren, darf Sie nicht erregen: sie muß Ihnen den Weg Ihrer Pflicht zeigen!"

Phrasen.

Ministerpräsident Poincare betonte am Schlusse einer Rede, die er am Sonntag zur Einweihung eines Kriegerdenkmals im 7. Pariser Arrondissement hielt: Wenn Frankreich für die Beobachtung der Friedensverträge und die Aufrechterhaltung der in ihnen festgelegten Rechte eintritt, so will es damit die allgemeine Eintracht verteidigen. Es wünscht das Glück der anderen Völker, und zwar nicht nur, das Glück seiner Alliierten, sondern auch das seiner ehemaligen Feinde, vorausgesetzt, daß sie ihre Vergangenheit ausmerzen und sich bessern. Frankreich ist bescheiden es wünscht nichts weiter, als daß es von niemandem um das gebracht wird, was ihm versprochen wurde, und daß es nicht wieder von seinem Nachbar an der Kehle gepackt wird.

Nollet berichtet an die Botschafterkonferenz.

Die Mitglieder der Interalliierten Militärkommission sind Donnerstag nach Berlin zurückgekehrt. Die bisherigen Ergebnisse ihrer Kontrollbesuche in der deutschen Munitionsfabrikation wird General Nollet in einer Note an die Botschafterkonferenz niederlegen. Der Pariser „Temps" meldete am Mittwoch aus Berlin, die bisherige Kontrolltätigkeit der alliierten Mission hätte den Fortbestand der Militärkontrolle in Deutschland als notwendig erwiesen, die öffentlichen Behauptungen des früheren sächsischen Ministerpräsidenten Zeigner hätten sich aber als nicht richtig herausgestellt.

Verstellung oder Dummheit?

Der Mitarbeiter des Brüsseler „Soir" hatte mit General de Metz, dem Kommandanten der französischen Truppen in der Pfalz, eine Besprechung. Auf die Frage, welche Haltung der General gegenüber den Separatisten einnehme, erwiderte de Metz, es gäbe keine Separatisten in der Pfalz, sondern nur Autonomisten, welche deutsch zu bleiben wünschen. Es gäbe auch nur eine Regierung in der Pfalz, die „autonome Regierung", die er unterstützen müsse, da er die öffentliche Ordnung aufrecht zu erhalten habe. Heute arbeiten die bayerische Polizei und die bayerischen Beamten nicht mehr. Von 650 Bürgermeistern in der Pfalz hätten sich 600 für die Autonomisten erklärt, in 60 Fällen hätten die Stadträte die Unterschriften der Bürgermeister ratifiziert. Der General läßt sich nicht überzeugen, daß die Unterschriften erpreßt worden waren. Auf die Frage, welche Haltung der General einnehmen werde, wenn die Autonomisten das Spiel verlören, erklärte er, die Antwort zu verweigern, weil er keine Politik betreibe. Jedenfalls eigne sich die Pfalz ausgezeichnet für die Autonomie. Sie wolle von München, von Kahr und Ludendorff nichts wissen. Beklagenswert sei die Haltung des Klerus, welcher die Befehle von München und Berlin erfülle.

Ein neuer Vorstoß Lloyd Georges gegen Frankreich.

Die „Daily Chronicle" veröffentlicht einen Artikel von Lloyd George, welcher die schärfste Verurteilung der französischen Politik darstellt, die je aus seiner Feder kam. Er beschreibt Benesch als kleinen Geschäftelhuber, der in Europa herumtrabe, um Aufträge für französische Minister zu besorgen. Die englischen Arbeiterführer geben die Folgerichtigkeit der letzten deutschen Note über die Militärkontrolle zu. — Eine Kölner „Times"-Meldung steht in der Blockade, die die Regie über die Kölner Zone verhängt hat, den Versuch, den Kölner Handel und die Industrie durch Aushungern in die Opposition gegen den festen Widerstand zu bringen, welchen England gegen die Auslieferung der Kölner Bahnen an die Regie leistet.

Französisch-englischer Zwist.

Neue französische Truppen in Speyer.

Aus Speyer wird unterm 20. Januar gemeldet: In Speyer, Pirmasens und Kaiserslautern sind gestern nach der Abreise des britischen Generalkonsuls nach München neue französische Truppen eingerückt. Ihr Einmarsch widerlegt, dem „Karlsruher Tageblatt" zufolge die auswärtigen Berichte von einem bevorstehenden Umschwung der französischen Politik in der Pfalz.

Die „Morningpost" meldet aus Köln: Reisende aus der englischen Zone werden seit Sonnabend früh von den französischen Kontrollen untersucht. Ein Teil mußte nach Köln zurückkehren, weil die französische Eisenbahnkontrollwachen ihm den Eintritt in die französische Zone verweigerten. Dem britischen Generalbefehlshaber wurde unverzüglich Anzeige erstattet.

Die Agence Havas teilt offiziös mit, daß die britische Regierung es abgelehnt hat, sich mit der Regie über die englische Zone zu verständigen, was für den Handel, und namentlich für den von Köln, eine beträchtliche Erschwerung darstellt. Infolgedessen habe es sich als nötig herausgestellt, Maßnahmen zu treffen, die eine Konzentration des Regieverkehrs auf den übrigen Strecken ermöglichen. Eine endgültige Entscheidung sei jedoch anscheinend noch nicht getroffen.

In Blättermeldungen der Londoner Presse aus Köln heißt es, die französische Regie habe den britischen Behörden den Krieg erklärt durch Verhängung einer Blockade gegen alle Einfuhr, ausgenommen Lebensmittel und Militärtransporte. Sie stelle eine unverhohlene Anstrengung dar, Handel und Industrie auszuhungern, damit sich Widerstand gegen die feste britische Haltung bezüglich der Verwaltung der Eisenbahn erhebe. Die Frage entstehe jetzt, ob britische Kohle noch länger nach der französischen und belgischen Zone gesandt werden solle, solange diese Blockade andauere.

„Observer" schreibt: Die Haltung der Franzosen sei hervorgerufen worden, durch die feste Weigerung Lord Kilmarnocks, den französischen Behörden zu gestatten, die britische Zone als Werkzeug zur Zerstörung Deutschlands zu gebrauchen. Der Widerstand Lord Kilmarnocks gegenüber dem französischen Versuch, die Mission des Generalkonsuls Clive in der Pfalz zu verhindern, habe erneut die Entschlossenheit der britischen Regierung bewiesen, nicht an dem vollkommen ungesetzlichen Versuch der Errichtung einer autonomen Regierung teilzunehmen. Daher die offenbare Feindschaft der französischen Behörden gegen die britische Zone. Das wirklich Interessante sei, daß durch diese Ereignisse klar geworden sei, daß sich die Franzosen nicht mehr ernstlich bemühten, den französischen Vorspann der separatistischen Bewegung in der Pfalz zu verheimlichen.

Zustände bei der Regiebahn.

Ueber die skandalösen Zustände bei der Regiebahn wird dem „Tag" aus dem Ruhrgebiet geschrieben: Infolge der geringen Bezahlung ist die Notlage bei den kinderreichen Eisenbahnern geradezu furchtbar. Bitten bei den französischen Amtsstellen, weitere Vorschüsse zu gewähren, werden abgelehnt. Der Chef erklärt kategorisch: „Wir haben kein Geld. Ihr müßt warten." Viele Eisenbahner haben sich an die Gemeindeverwaltungen um Unterstützungen wenden müssen, um wenigstens für ihre Kinder und Frauen die nötigen Mittel für Brot zu erhalten.

Vor der Ernennung Hoeschs zum Botschafter in Paris.

Im Zusammenhang mit den Besprechungen im Außenministerium wurde auch die Frage der Neubesetzung der Botschafterposten in Paris und Brüssel erörtert. Es ist anzunehmen, daß Herr v. Hoesch wahrscheinlich noch in diesen Tagen zum Botschafter in Paris ernannt werden wird. Ein endgültiger Beschluß hierüber liegt im Augenblick jedoch noch nicht vor.

Hamm über die deutsche Handelsbilanz 1923.

Gegenüber falschen Schlüssen, welche von französischer Seite aus der deutschen Handelsstatistik gezogen worden sind, wies Reichswirtschaftsminister Hamm in einer Unterredung mit einem Vertreter des WTB. darauf hin, daß im Durchschnitt des Jahres 1923 eine Passivität der Handelsbilanz vorliegt, die im ganzen auf einige hundert Milliarden Goldmark sich belaufen dürfte. Erst seit Oktober habe sich die Handelsbilanz aktiv oder doch sehr viel weniger passiv gestaltet, als vorher. Diese Erscheinung hängt mit der scharfen Kreditbeschränkung sowie mit den harten Sparmaßnahmen zusammen, durch welche in der gesamten Wirtschaft die Einfuhr gedrosselt und die Ausfuhr begünstigt worden sei. Auch seien gerade im Oktober und November die Verbrauchskrisis und die Einschränkung der Lebenshaltung bereits deutlich zum Ausdruck gekommen. Die Aktivität der Handelsbilanz könne zunächst nicht als Regelerscheinung betrachtet werden. Auch sei es völlig irrtümlich, wenn die Aktivität der Handelsbilanz als ein Beweis dafür angesehen wird daß die deutsche Wirtschaft glänzend sei. Die deutsche Wirtschaft lebe vielmehr, wie die hohe Ziffer der Arbeitslosen und das Massenelend zeigen, in höchstem Maße unter Schwierigkeiten.

Hypothekenaufwertung.

Aus Anlaß der Beratung des bayerischen Antrags auf Erlaß eines Sperrgesetzes zwecks Vorbereitung der Hypothekenaufwertung gab Reichsjustizminister Emminger für die Reichsregierung im Rechtsausschusse des Reichstages folgende vorläufige Erklärung ab:

Die Entscheidung des Reichsgerichtes vom 28. November 1923 hält eine Aufwertung der Hypothekenforderungen unter Berücksichtigung der persönlichen Verhältnisse von Gläubiger und Schuldner sowie unter Berücksichtigung der öffentlichen Lasten des Grundstücks nach Lage des Einzelfalles für berechtigt. Die Durchführung dieses Grundsatzes allein der Rechtsentwickelung zu überlassen, würde bedeuten, Deutschland in den nächsten Monaten in Millionen von Prozessen zu stürzen. Auch ein beabsichtigtes vereinfachtes Verfahren zur Regelung dieser Streitfragen würde für sich allein dieser Gefahr nicht begegnen. Es erscheint daher notwendig, ein mehr das Durchschnittliche berücksichtigendes Verfahren zu schaffen, sowie eine Unterbrechung der bereits zahlreich anhängig gewordenen Prozesse herbeizuführen. Eine alsbaldige rasche Klärung erscheint auch deshalb notwendig, damit nicht aus der Ungeklärtheit steuerliche Verluste für Reich, Länder und Gemeinden entstehen, dies umsomehr, als die Lage der Reichsfinanzen nach wie vor äußerst ernst ist. Hierüber kann auch das scheinbar günstige Ergebnis der ersten Steuerdekade des Jahres 1924 nicht hinwegtäuschen; denn es trafen eine Reihe von Steuerfälligkeitsterminen mit der Tatsache zusammen, daß in dieser Dekade keine Gehaltszahlungen an die Beamten und vergleichsweise nur geringe Ueberweisungen an die Länder vorzunehmen waren. Eine Aufwertung der Schuldverpflichtungen von Reich, Ländern und Gemeinden kommt nach den Grundsätzen der reichsgerichtlichen Entscheidung nicht in Frage, da diese öffentlichen Schuldner infolge des verlorenen Krieges und der Verpflichtungen aus dem Friedensvertrage zahlungsunfähig sind.